

„Sowohl als auch“ statt „entweder oder“

Politisches Handeln mit Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg gilt als Ikone, mehr wegen ihres Lebens als wegen ihres Werks. Zunehmend jedoch beschäftigen sich linke Menschen auch mit ihren Schriften, oft mit der Frage, was daraus für heutiges politisch-strategisches Handeln der gesellschaftlichen und politischen Linken gelernt werden kann.

Sowohl von oben als auch von unten

Aktiv in den Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung ihrer Zeit beschäftigte sich Luxemburg in ihren Texten immer wieder mit dem Verhältnis von Masse und Führung. Sie entwickelte dabei eine Vision dieses Verhältnisses, die in der gesellschaftlichen und politischen Linken bis heute uneingelöst ist. Dass Luxemburg immer wieder die Rolle der „Masse“ heraushob – heute würden wir vielleicht von „der Basis“, „den einfachen Mitgliedern“ oder „den Leuten“ sprechen – hat sich herumgesprochen, für viele Leser*innen und Aktivist*innen ist vor allem dieser Aspekt ihres Denkens besonders attraktiv. Luxemburg war mit einer zunehmenden Verkrustung der politischen Strukturen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie konfrontiert, die Funktionär*innen verselbstständigten sich zunehmend, entkoppelten sich in ihren Debatten und ihrer politischen Tätigkeit von den Arbeiter*innen, missachteten innerparteiliche Willensbildung und Debattenkultur, ignorierten beispielsweise Beschlüsse der Parteitage, Grundsätze des Parteiprogramms oder Ergebnisse innerparteiliche Debatten. Luxemburg kämpfte gegen diese Entwicklung, deren Gefahren sie richtig einschätzte, verhindern konnte sie sie nicht.

Was ihr im Gegenzug vorschwebte war ein Organisationsverständnis, dass auf einen gemeinsamen Lernprozess der „Massen“ und der „Führung“ setzte. Dieser Lernprozess, und das ist der zweite entscheidende Unterschied zur Realität in den meisten linken Organisationszusammenhängen und zwar bis heute, besteht aus der Einheit von Handeln und Lernen. Luxemburgs Organisationsmodell ist nicht beliebig, es setzen nicht das „unten“ anstelle des „oben“, sie erkennt an, dass es Wissensvorsprünge und politische Arbeitsteilung gibt. Aber innerhalb dieser Arbeitsteilung beschreibt sie einen aufrichtigen, wechselseitigen Lernprozess, für den „die Führung“ eine besondere Verantwortung trägt: Es ist ihre Aufgabe, den gemeinsamen Lernprozess zu ermöglichen, vorzubereiten, zu begleiten. Ihre Initiative besteht laut Luxemburg in der „möglichst geschickten Anpassung an die Situation und [der] möglichst enge[n] Fühlung mit den Massen“ (Luxemburg 1972 (1906): 132). Es geht darum, gemeinsam zu handeln, dies dann gemeinsam zu reflektieren, aus Siegen und Niederlagen Schlüsse zu ziehen und sich dabei stets sowohl von den kurzfristigen Zielen und als auch

von der langfristigen Strategie leiten zu lassen. Die Einheit von Handeln und Lernen als ein gemeinsamer Prozess, als gemeinsame Suchbewegung, das ist der Anspruch, den Luxemburg „nach oben“ und „nach unten“ formuliert. Hier sieht sie die Grundlage für die Disziplin und Verbindlichkeit, die sie als unbedingte Voraussetzung für erfolgreiche linke Politik betrachtet.

Sowohl Reform als auch Revolution

Luxemburgs Denken ist nicht das des Entweder Oder, sondern des sowohl als auch, weswegen sie den vermeintlichen Gegensatz von Reform und Revolution so produktiv auflösen kann. Für Luxemburg besteht kein Widerspruch zwischen dem Kampf um Verbesserungen der alltäglichen Arbeits- und Lebensbedingungen und dem Kampf um eine Überwindung des Kapitalismus. Vielmehr bedingen sie sich aus ihrer Perspektive gegenseitig. Erst in der Einheit und wechselseitigen Befruchtung von Parlamentarischem und Außerparlamentarischem erhält die grundsätzliche Systemablehnung ihren Ausdruck. Im Parlamentarismus sind emanzipatorische Ziele nur dann zu verwirklichen, wenn hinter der Parlamentsfraktion eine starke außerparlamentarische Bewegung steht. Das alltägliche Handeln wird geformt vom Fokus auf das eigentliche Ziel, aus alltäglichem Handeln in der bürgerlichen Gesellschaft erwächst nur so Emanzipation. Andernfalls versackt linke Politik in einem Reformismus, der letztlich immer wieder die verschiedenen Gruppen der Subalternen gegeneinander ausspielen hilft und die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in eine ferne Zukunft verschiebt – oder völlig aus den Zukunftsvorstellungen verschwinden läßt. Diese bedingungslose Orientierung auf die Idee menschlicher Emanzipation und die damit untrennbar verbundene unverhandelbare Solidarität begründen ihren kompromisslosen Internationalismus, Antikolonialismus und Antimilitarismus. Kompromisse im parlamentarischen Geschäft, die auf die Unterstützung nationalistischer und militaristischer Tendenzen hinauslaufen, und sei es im Tausch für soziale Verbesserungen, waren ihr ein Greul. Sie erkennt klar, dass die Konsequenzen derartiger Geschäfte sich gegen die Arbeiter*innen richten müssen – wie sich dies ja dann ja im Ersten Weltkrieg auch schlagend beweist. Deutsche Sozialdemokraten werden zu Handlangern der feudal-bourgeoisen Elite des Deutschen Reiches – sei es als willige Parlamentarier oder als willige Soldaten.

Sowohl mit Plan als auch flexibel

Ihre beißende Kritik an der deutschen Sozialdemokratie für ihr Versagen in den Jahren des Ersten Weltkrieges bestärkt sie in ihrer Orientierung auf die Revolution „von unten“. Für Revolution, so sagt Luxemburg, gibt es keinen Plan. Sie ist unvorhersehbar, chaotisch, ein Auf und Ab, von Erfolgen und Niederlagen geprägt. Die Antwort darauf aus Luxemburgs Sicht

kann nicht sein, an einem einmal im revolutionären Geheimzirkel gemachten Plan festzuhalten und diesen, koste es was es wolle, durchzuzwingen. Genauso wenig plädiert sie für blinden Aktionismus. Vielmehr sieht sie die Unvorhersehbarkeit der Revolution – und für den Zweck dieses Artikels soll das auf alles politische Handeln ausgedehnt werden – als ein Glück. Hier ist die Möglichkeit für den gemeinsamen Suchprozess, an dem möglichst alle beteiligt werden können. Es ist die Vielfalt der Stimmen, die Kreativität der vielen Ideen, die die größtmögliche Chance bietet, den zumindest am wenigsten falschen Weg zu finden.

Ihr Plädoyer für Revolution *und* Reform soll daher nicht als Fürsprache für faule Kompromisse missverstanden werden: Diese schließen Massen aus der politischen Willensbildung aus, ohne den täglichen Kampf gibt es keine Möglichkeit zu lernen. Die Initiative zum Handeln muss dabei nicht notwendigerweise von den Führenden ausgehen, vielmehr geht sie in den Auseinandersetzungen mal von den „Massen“ mal von der „Führung“ aus. In der permanenten Analyse der Situation und dem daran angepassten Handeln liegt aus Luxemburgs Sicht die strategische Antwort auf die Offenheit politischen Handelns. Wenn eine Revolution nicht von den Massen getragen wird, muss sie scheitern. Das bedeutet auch, gegebenenfalls gemeinsam mit den Massen den Rückzug anzutreten. In der Novemberrevolution fordert sie z.B. die Räte-demokratie – und bleibt in der Minderheit. Damit ist ihr klar, dass der Kampf wohl wieder in den Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus fallen wird – und setzt sich für die Teilnahme der gerade entstandenen Kommunistischen Partei an den Wahlen zur Nationalversammlung ein. Das ist die Forderung der Massen – und das akzeptiert sie. Als im Januar 1919 dann Anhänger*innen der USPD gegen die Politik der rechten SPD-Führung rebellieren (fälschlicherweise als Spartakusaufstand bezeichnet), ist sie trotzdem an ihrer Seite.

Demokratie als Kampffeld

Keine demokratische Gesellschaft kann erkämpft werden, wenn die Mittel im Kampf darin und die Organisationen, die darum kämpfen nicht so demokratisch wie möglich gestaltet sind. Das gilt für sie nicht nur in Zeiten scheinbar friedlicher Entwicklung (wie das in ihrer Kritik der deutschen Sozialdemokratie deutlich wird), sondern auch – oder sogar erst recht – in Revolutionszeiten. Das ist eine der Kernaussagen der Kritik, die Luxemburg an den Bolschewiki im Zusammenhang mit der Oktoberrevolution formuliert. Dazu gehört unbedingt die Bereitschaft zur Selbstkritik, die grundsätzlich und „rücksichtslos“ (Luxemburg 1979 (1914) b: 53) sein muss. Luxemburgs Kritik richtet sich nicht zufällig an die (selbstgekürten) Anführer*innen, da es auch in der gesellschaftlichen und politischen Linken in der Regel die Vertreter*innen des „Oben“ sind, sind, die sich eigenmächtig von der Basis lösen. In ihrer Verteidigung von Karl Liebknecht gegen die Vorwürfe, er habe am 2. Dezember 1914 bei der

Reichstagsabstimmung über die die Kreditvorlage mit seinem Nein gegen die Parteidisziplin verstoßen, bezog sie in diesem Sinne klar Stellung: ‚Nicht Abweichler*innen sondern die Parteiführung verstößt gegen die Parteidisziplin, wenn diese die Beschlüsse der Parteigremien oder die der Parteitage ignoriert, wenn sie unter Hinweis auf Praktikabilität oder höhere Ziele die Basis aus den politischen, strategischen Debatten ausschließt und deren Beteiligung an politischen Kämpfen lediglich darauf beschränken will, dass diese umsetzen, was die Parteiführung oder eine Gruppe Entscheider*innen beschlossen haben. (vgl. Luxemburg 1979 (1914)).

Radikale Realpolitik, das ist immer noch die beste Bezeichnung für dieses Politikkonzept. Radikal – weil es sich nicht anbiedert und das Ziel klar benennt und jedes Handeln daran misst; Real, weil es darauf ausgerichtet ist, mit „lebendigen Kräfteverhältnissen“ zu rechnen, also die Formen des Kampfes an die tatsächlichen Bedingungen anzupassen. Dabei stellt sie die Möglichkeiten, die die bürgerliche Demokratie in Rechnung, betrachtet sie aber nicht als Endpunkt emanzipatorischer Politik. Ihr Politikkonzept bleibt damit vor allem ein eine Herausforderung, sich immer wieder den Widersprüchen in Gesellschaft und eigener Bewegung ehrlich zu stellen, kein Dogma. Das macht es so zeitlos. Es geht ihr immer darum, WIE Politik gemacht wird: das Ziel rechtfertigt nie die Mittel, aber es bestimmt sie.

Literatur:

Luxemburg 1979 (1914): Parteidisziplin. In: (Dies.): Gesammelte Werke. Band 4. Berlin. S. 15-17

Luxemburg 1972 (1906): Massenstreik, Partei und Gewerkschaft. 132). In: (Dies.): Gesammelte Werke. Band 2. Berlin. S. 91-170

Luxemburg 1979 (1914)b: Die Krise der Sozialdemokratie. In: (Dies.): Gesammelte Werke. Band 4. Berlin. S. 51-164

Miriam Pieschke / Lutz Brangsch September 2021